

«Alle sagen immer nur, was nicht geht»

Die Aargauer CVP-Politikerin Ruth Humbel amtiert seit 16 Jahren als Nationalrätin. Die Vizepräsidentin der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit über ihre Rezepte zur Senkung der Gesundheitskosten und warum es oft so schwierig ist, Lösungen zu finden.

Nationalrätin Ruth Humbel ist überzeugt: Gingen mehr Menschen bei kleineren Beschwerden in die Drogerie statt zum Arzt, könnten wir Kosten sparen.

Frau Humbel, gehen Sie in die Drogerie?

Ruth Humbel: Ja, Drogerien sind gute erste Anlaufstellen bei kleineren Beschwerden und in Sachen Komplementärmedizin. Ich finde es wichtig, die Angebote und Beratung in der Drogerie oder auch in der Apotheke zu nutzen, das spart Kosten.

Trotzdem gehen viele lieber zum Arzt.

Mit dem Resultat, dass die Kosten steigen.

Es ist wichtig, die Gesundheitskompetenz der Menschen zu erhöhen. So, wie Sie das beispielsweise tun mit dem *Drogistenstern*. Oder ich finde auch gut, was die Basler Versicherung gemacht hat. Ihre Angestellten müssen erst nach zehn Tagen Krankheit ein Arztzeugnis bringen. Firmen, die ab dem ersten Krankheitstag ein Zeugnis verlangen, treiben die Menschen auch mit Bagatellen in die Arztpraxen und Notfallaufnahmen.

Was die Kosten in die Höhe treibt?

Genau. Natürlich muss man bei ernsthaften Problemen zum Arzt, aber bei kleineren Beschwerden ist das oft nicht nötig.

Ruth Humbel

Von 1981 bis 2003 sass die studierte Juristin Ruth Humbel für die CVP im Grossen Rat des Kantons Aargau. 2003 wurde sie in den Nationalrat gewählt. Sie ist Vizepräsidentin der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, Präsidentin der Stiftungen Radix, Zurich Vitaparcours sowie EQUAM und sitzt im Verwaltungsrat der RehaClinic Bad Zurzach (AG) sowie der Versicherung Concordia. Ruth Humbel war jahrelang Spitzenläuferin im Orientierungslauf.

Die Menschen bezahlen sehr hohe Krankenkassenprämien, dafür möchten sie auch eine Gegenleistung. Ist das nicht gerechtfertigt?

Die Aufgabe unseres Gesundheitssystems ist es, Krankheiten zu erkennen und zu heilen; oder zumindest die Lebensqualität zu verbessern. Aber meinen simplen Schnupfen zu behandeln, das liegt in der Eigenverantwortung.

Die Krankenkassen sind nicht für Erkältungen da?

Ich frage mich: Wie können wir die Krankenversicherung wieder auf das zurückführen, was sie ursprünglich war. Nämlich eine Versicherung, um Menschen davor zu schützen, durch Krankheit in finanzielle Not zu geraten. Sie davor zu bewahren, ihr Vermögen zu investieren oder, wenn sie kein Vermögen haben, auf eine Behandlung verzichten zu müssen. Heute aber sind wir schon so weit, dass wir das Gefühl haben, alles müsse von der Kasse bezahlt werden.

Aber warum soll ich verschnupft in die Drogerie und Geld ausgeben, wenn der Arzt mir etwas verschreiben kann und es die Versicherung bezahlt?

Weil diese Rechnung nicht aufgeht. Wenn Sie in die Drogerie gehen mit Ihrem Schnupfen, bekommen Sie vielleicht einen Salzspray für die Nase und etwas gegen den Husten. Sagen wir, das kostet 15 Franken. Gehen Sie zum Arzt, kostet das schnell einmal 150 Franken. Zehn Prozent davon müssen Sie selber übernehmen, also kommen Sie ebenfalls auf 15 Franken. Und dazu haben Sie noch eine Franchise. Leider fehlt in diesem Bereich oft das Wissen.

Am besten würde man gar nicht krank. Mit Prävention könnte man auch Kosten sparen.

Das ist ein wichtiger Punkt, der mir am Herzen liegt. Wir investieren zu wenig in Prävention und Vorsorge. Dabei hat der Lebensstil einen grossen Einfluss auf die Gesundheit.

Sie sind seit fast 40 Jahren Politikerin, seit 2003 Nationalrätin. In dieser Zeit sind die Gesundheitskosten gestiegen und gestiegen und ein Ende scheint nicht in Sicht. Ist das nicht frustrierend?

Bis vor acht Jahren habe ich immer gesagt, ich mache so lange Politik, bis eine grosse Gesundheits- und Sozialversicherungsreform erfolgreich durch ist. (lacht)

Denken Sie, Sie erleben das noch?

Wir haben aktuell die einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen, kurz EFAS, auf dem Tisch. Damit sollen die Kosten im ambulanten und stationären Bereich künftig alle gleich zwischen den Krankenversicherern und Kantonen aufgeteilt werden. Und es gibt das Kostendämpfungsprogramm mit 38 Massnahmen. Leider sind sich alle Akteure schon einig darüber, was sie nicht möchten. Wir brauchen unbedingt einen Paradigmenwechsel. Die verschiedenen Akteure sollten sich einmal fragen: Was können wir tun? Stattdessen sagen sie immer nur, was nicht geht.

Es gibt viele Vorschläge, wie die Gesundheitskosten gesenkt werden könnten. Ihre Partei, die CVP, hat die Initiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen» lanciert. Was bringt sie?

Sie ist ein Druckmittel, damit die vorliegenden Reformen endlich durchgesetzt

werden. Sie verlangt, dass Bundesrat, Bundesversammlung und Kantone eingreifen müssen, wenn die Gesundheitskosten im Vergleich zu der Lohnentwicklung zu stark steigen.

Wird es all diesen Vorschlägen besser ergehen als früheren, die scheiterten?

Die grosse Schwierigkeit ist wie gesagt, alle Akteure zum Mitmachen zu bringen. Nehmen wir das Beispiel der Managed-Care-Vorlage von 2012, die an der Urne scheiterte. Wir haben dafür in der Kommission und in beiden Räten überparteilich mit SVP, FDP, CVP, Grünen und SP zusammengearbeitet und eine gute Lösung gefunden – und dann war plötzlich die linke Seite der SP dagegen, später kippte die SVP. Sie sehen, selbst wenn wir einmal etwas gemeinsam zustande bringen, spielen so viele unterschiedliche Interessen mit, dass solche Vorlagen rasch gebodigt werden.

Und trotzdem versuchen Sie es immer wieder?

Natürlich ist es zwischendurch frustrierend, weil wir nicht vorwärts kommen. Die Arbeit ist aber total faszinierend. Ich bin zudem eine Art Stehaufmännchen, was sicher auch damit zu tun hat, dass ich immer noch viel Sport treibe. Nach Niederlagen muss man dort auch immer wieder weitermachen.

Interview: Bettina Epper

Eidgenössische Wahlen 2019

Am 20. Oktober 2019 wählt die Schweiz die 200 Mitglieder des Nationalrates sowie 45 der 46 Ständeräte neu. In Appenzell Innerrhoden wählt die Landsgemeinde die Ständevertretung jeweils im April vor den Nationalratswahlen. Die 200 Nationalrätinnen und Nationalräte repräsentieren die rund acht Millionen Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz. Am grössten ist die Zürcher Delegation mit 35 Mitgliedern.

Die 46 Mitglieder des Ständerats repräsentieren ihren Kanton (Stand). Es sind je zwei pro Kanton. Obwalden, Nidwalden, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden entsenden als «Kantone mit geteilter Standesstimme» (Halbkantone) nur je einen Vertreter.

Quelle: Schweizerische Bundeskanzlei, «Der Bund kurz erklärt 2019», 2018